



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

24. September 2024

Nr. 2024-630 R-720-13 Parlamentarische Empfehlung Ruedi Wyrsch, Flüelen, zu General Abonnement der Auto AG Uri für Seniorinnen und Senioren; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 22. Mai 2024 reichte Landrat Ruedi Wyrsch, Flüelen (Erstunterzeichner), zusammen mit Landrätin Helen Furrer, Schattdorf (Zweitunterzeichnerin), eine parlamentarische Empfehlung für die Einführung eines Generalabonnements für Seniorinnen und Senioren auf dem Streckennetz der AUTO AG URI (AAGU) ein.

Gemäss den Unterzeichnenden verfügt der Kanton Uri mit dem Streckennetz der AAGU über ein verlässliches Angebot des öffentlichen Verkehrs. Im Angebot der AAGU stünden diverse Billettvarianten wie z. B. Streckenabonnemente. Jedoch fehle bisher noch ein Generalabonnement (GA) auf dem Streckennetz der AAGU. Ein solches Abonnement würde gemäss den Unterzeichnenden insbesondere für Seniorinnen und Senioren Sinn machen. Nicht alle Seniorinnen und Senioren könnten sich das GA der SBB mit Kosten von 5'670 Fr. (1. Klasse) oder 3'040 Franken (2. Klasse) leisten, das auch die Benutzung des Streckennetzes der AAGU beinhaltet. Für Seniorinnen und Senioren, die sich primär im Kanton Uri bewegten, seien diese Preise doch relativ hoch.

Ein GA der AAGU könnte gemäss Unterzeichnenden insbesondere älteren Bürgerinnen und Bürgern nach Rückgabe des Autofahrausweises einen Mehrwert bieten. Zusätzlich hätte das einmal jährlich zu beschaffende GA den Nebeneffekt, dass die technischen und elektronischen Herausforderungen beim Umgang mit der Ticketbestellung entschärft werden könnte.

Die Unterzeichnenden beantragen deshalb die Prüfung der Möglichkeiten und Varianten eines GA für Seniorinnen und Senioren auf dem Netz der AAGU.

II. Antwort des Regierungsrats

Als Besteller der Leistungen im regionalen Personenverkehr begrüsst der Regierungsrat im Grundsatz die Prüfung eines neuen Tarifangebots. Ein solches Angebot könnte grundsätzlich zusätzliche Kundensegmente zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs motivieren.

Die Einführung eines neuen Tarifangebots setzt detaillierte Abklärungen voraus, die in enger Zusammenarbeit mit der AAGU als zuständiges Transportunternehmen durchgeführt werden. Insbesondere sind die Möglichkeiten zur Einbettung des Angebots in die nationale Tariflandschaft mit der öV-Branchenorganisation Alliance SwissPass zu klären. In diesen Absprachen gilt es die Vor- und Nachteile eines neuen Angebots aus Kundensicht gut abzuwägen.

Aus Sicht des Regierungsrats würde es sich empfehlen, ein allfälliges neues Angebot nicht nur den Seniorinnen und Senioren anzubieten, sondern für die ganze Bevölkerung bereitzustellen. Zum Beispiel könnte das Angebot auch für Jugendliche, die vorwiegend noch im Kanton Uri unterwegs sind, interessant sein und zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs animieren.

Die Preisgestaltung eines allfälligen neuen Angebots der AAGU wäre aus Sicht des Regierungsrats so anzusetzen, dass die Abgeltungen von Kanton und Gemeinden an die AAGU nicht steigen. Die Einnahmen durch das neue Angebot sollten also die Erlösausfälle decken.

Der Regierungsrat ist bereit, zusammen mit der AAGU als Transportunternehmen und in enger Abstimmung mit den weiteren beteiligten Organisationen, die Möglichkeiten und Varianten eines neuen Angebots für das Streckennetz der AAGU zu prüfen.

III. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf diese Ausführungen empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, die Parlamentarische Empfehlung zu überweisen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Text der Parlamentarischen Empfehlung); Mitglieder des Regierungsrats; Mitglieder der Verkehrskommission (Herr Erich Renner, Oberalpstrasse 13, 6490 Andermatt; Herr Gunthard Orglmeister, Sulzegg 3, 6454 Flüelen; Herr Peter Huber, Bonacher 2B, 6487 Göschenen; Herr Martin Herger, Bielen 53, 6465 Unterschächen; Herr Urs Kieliger, Vordere Hofstatt 2, 6472 Erstfeld; Herr Ruedi Bomatter, Pfistergasse 5, 6460 Altdorf; Christoph Zurflüh, Trafiko AG, Kastanienbaumstrasse 301, 6047 Kastanienbaum); Rathauspresse; Standeskanzlei und Volkswirtschaftsdirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

